FEBRUAR/MÄRZ 2017 NUMMER 46 8. JAHRGANG

OSTHOLSTEINBRIEF
INFOS AUS DEM KREIS

Foto © studioline kiel

LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN, LIEBE FREUNDINNEN UND FREUNDE,

wer Anfang des Jahres im Freundeskreis andeutete, die SPD könnte nach der Wahl im September den Bundeskanzler stellen, wurde mitleidig belächelt. Dann verzichtete Sigmar Gabriel für alle überraschend auf die Kandidatur und machte den Weg frei für Martin Schulz. Jetzt sehen uns Umfragen auf gleicher Augenhöhe mit der Union und tausende Menschen treten in die SPD ein. „Genosse Trend“ marschiert, oder wie es im Netz heißt: Der Schulzzug rollt!

Das wird uns auch im Mai bei der Landtagswahl helfen. Der Bundestrend spielt bei Landtagswahlen eine wichtige Rolle – und bislang war das im Norden unsere größte Schwäche. Jetzt kämpfen wir nicht für ein starkes SPD-Ergebnis gegen den Bundestrend, sondern mit kräftig Rückenwind aus Berlin. Und unser Ziel im Mai bleibt klar: Wir wollen alle drei Wahlkreise in OH direkt holen, wir wollen die Küstenkoalition fortsetzen!

Übrigens merken wir den Schulz-Effekt auch in Ostholstein. Allein in den ersten fünf Wochen des Jahres hatten wir online 22 Eintritte, acht davon bei den Jusos. Alle neuen Mitglieder wollen wir zusammen mit Torsten Albig bei unserem Kreisparteitag am 25. Februar begrüßen. Ich freue mich darauf, viele von euch in Ahrensbök zu treffen! ■

Euer

Niclas Dürbrook
stellv. Kreisvorsitzender

INHALT **SEITE**

Editorial	1
KPT-ABC	1
Lars verabschiedet sich	2
Wahlen im Land	4
Weichenstellungen in Europa	5
Der Schulzzug rollt	5
KV Rechts in Eutin	6
Argumente gegen Rechts	6
Links gegen Rechts	7
KV-Arbeitsprogramm	7
KV Offener Brief	8
LPT in Lübeck	9
FFBQ und Sundbrücke	11
Jubilare	12
OV Stockelsdorf	13
Nord-Notfallversorgung	15
Impressum	15
Kreistagsfraktion Burkhard und	16
Annette zur Gleichstellung	17
Finanzausgleichsgesetz	17
Windkraftanlagen	18
Termine in OH	19

KREISPARTEITAG
TIM ERKLÄRT DAS ABC DES KPT

Foto © Hellmann, Bad Schwartau

Was bedeuten all die Abkürzungen? Wie läuft eigentlich ein Kreisparteitag ab? Was macht eine Zählkommission? Warum müssen sich Kandidat_innen mündlich vorstellen? Und was sind eigentlich ein Präsidium und eine Mandatsprüfungskommission?
Wie stelle ich einen Antrag und was muss ich tun, dass er gute Chancen hat, angenommen zu werden?
All diese Fragen und vermutlich noch viel mehr beschäftigen einen, wenn man das erste Mal als Delegierter oder Gast auf einem Kreisparteitag dabei ist. Vieles ist schnell erklärt, was man sich sonst mühsam zusammensuchen muss. Um einen kleinen Rahmen zu schaffen, in dem auch Fragen beantwortet werden, die vielleicht erst im Laufe des KPT auftauchen, biete ich als Mitgliederbeauftragter auf diesem Kreisparteitag ein kleines Treffen für Neumitglieder und Mitglieder, die mehr wissen wollen.
Wir treffen uns hierfür um 9.15 Uhr im Foyer, ich werde das Treffen auch ausschildern. Ich freue mich, wenn viele Leute erscheinen. ■

Tim Dürbrook
Mitgliederbeauftragter

KREISVORSTAND *SCHEIDEN TUT WEH*

Fotos Seite 2 und 3 © Landtag Schleswig-Holstein, KV Ostholstein, KV Plön, OV Lensahn, Kirstin Winter, Beate Müller-Behrens und Ulrike Plötz.

Am 25. Februar 2017 geht für mich eine lange und erfolgreiche Zeit zu Ende. Dann wählen wir einen neuen Kreisvorstand und ich werde nicht dabei sein. Meine Zeit endet nach 16 Jahren Mitgliedschaft im Kreisvorstand der SPD Ostholstein. 2001 hat alles damit begonnen, dass ich Beisitzer unter der damaligen Kreisvorsitzenden Antja-Marie Steen (MdB a.D.) geworden bin. Bereits 2002 übernahm das Amt der Vorsitzenden unsere jetzige Landtagsabgeordnete Regina Poersch, das sie bis 2009 inne hatte.

In dieser Zeit habe ich als Organisationsleiter dem Kreisverband gedient. Gemeinsam mit Gerda Petrich haben wir die Homepage aufgebaut und gepflegt. Das ging damals nicht so einfach wie heute. HTML-Kenntnisse, das ist die Sprache des Internets, mussten erworben werden. Und damit viele weitere Ortsvereine eine Homepage aufbauen konnten, haben wir viele Workshops am Wochenende angeboten. Es war eine tolle Zeit. Wir haben viel gelernt und haben gute Kontakte in alle Ortsvereine aufgebaut.

Auch bei den Kreisparteitagen wurden wir professioneller. Fotoshows auf unserer eigenen großen Leinwand begleiteten die Parteitage. Später kam eine eigene Mikrofonanlage dazu, die heute noch im Einsatz ist.

2009 übernahm Manfred Jaeger den Kreisverband. Zu diesen Wahlen habe ich mich als stellvertretender Kreisvorsitzender angeboten und ich wurde auch gewählt. Durch viele verschiedene Umstände hat Manfred sein Mandat kurz nach der Wahl wieder zur Verfügung gestellt und die verbliebenen drei stellvertretenden Vorsitzenden haben entschieden, dass ich den Kreisverband führen solle. Auf dem außerordentlichen Kreisparteitag am 16. Januar 2010 wurde ich regulär gewählt. Meine Amtszeit dauert dann ununterbrochen bis zum 25. Februar 2017 an.

In den vergangenen sieben Jahren hat der Kreisvorstand aus meiner Sicht gute Arbeit geleistet. Wir haben immer gemeinschaftlich zusammengearbeitet. Wir waren immer darauf bedacht, den Reisverschluss, die Parität zwischen Frauen und Männern, einzuhalten. Und das lange bevor auf dem Bundesparteitag entsprechende Beschlüsse gefasst wurden. Weiterhin haben wir uns immer bemüht, eine entsprechende Jugendförderung zu betreiben. Das sich unsere Jusos so gut entwickelt haben und derzeit viele Posten auch auf Landesebene innehaben, Niclas Dürbrook ist amtierender Juso-Landesvorsitzender, ist nicht zuletzt auch ein Verdienst der jeweils handelnden Kreisvorstände. Damit macht man sich nicht immer Freunde. Ich kann mich noch gut an die Auseinandersetzungen bei der Aufstellung der Kreistagsliste zur Kommunalwahl 2013 erinnern. Aber wenn man eine Überzeugung hat und der Kreisvorstand gemeinsam die Grundprinzipien unserer Partei lebt und vertritt, dann kann man auch Gegenwind gut überstehen.

Der SPD Kreisverband Ostholstein gehört zu den stärksten Kreisverbänden in Schleswig-Holstein. Vielleicht nicht bei den Mitgliederzahlen, da sind wir zurzeit „nur“ der fünftstärkste Kreisverband. Aber politisch! Auf die SPD Ostholstein wird gehört! Die SPD Ostholstein wird bei Grundsatzfragen gefragt! Die SPD Ostholstein hat beste Kontakte in das ganze Land hinein. Das kommt nicht von ungefähr. Das höchste parteipolitische Gremium zwischen den Landesparteitagen ist der Landesparteirat. Man wird lange in den Analen suchen müssen um eine Sitzung zu finden, bei der die SPD Ostholstein NICHT vertreten war. Die

Delegationen der SPD Ostholstein auf Landesparteitagen gehören zu den disziplinierten Delegationen. Kontinuität in der Führung und Verlässlichkeit bei der Erfüllung der Aufgaben eines Kreisvorstandes schaffen innerhalb des Landesverbandes Respekt. Den haben wir uns redlich verdient.

Natürlich habe ich und der Kreisvorstand in Gänze auch Fehler gemacht. Wer ist schon fehlerfrei? Wir haben aber aus den Fehlern gelernt und sie in Stärken umgewandelt.

Die Stärke unseres Kreisverbandes, gepaart mit den individuellen Leistungen und dem Können einzelner hat nicht nur unserem Kreisverband genützt, sondern auch unserem Kreis Ostholstein. Bereits seit 2002 vertritt uns Bettina Hagedorn im Deutschen Bundestag. Und das im wichtigen Finanzausschuss. Ostholstein erfährt immer wieder hohe Zuschüsse des Bundes für die unterschiedlichsten Projekte und Maßnahmen. Aber nicht nur im Bundestag sind wir vertreten. Aktuell sind Sandra Redmann, seit 2000, und Regina Poersch, seit 2005, für uns im Schleswig-Holsteinischen Landtag vertreten. Von 2012 bis Ende 2016 war ich selbst als direkt gewählter Abgeordneter im Landtag.

Eine der Errungenschaften unter meiner Führung ist der Ostholsteinbrief. Mein Wunsch und das Können und die Arbeit von Beate Müller-Behrens, sowie die Bereitschaft der unterschiedlichsten Autor_innen haben dazu beigetragen, dass etwas ganz besonderes und wertvolles entstanden ist. Ich würde mich freuen, wenn der Ostholsteinbrief viele weitere Jahre auf diesem Niveau Bestand hat.

Scheiden tut weh! So lautet die Überschrift meines letzten Artikels im Ostholsteinbrief. Ja, es tut weh. Aber Veränderungen gehören zur Weiterentwicklung dazu. Das gilt nicht nur für mich persönlich. Auch der SPD Ostholstein tun Veränderungen gut. Nur dann ist eine Weiterentwicklung möglich.

Ich wünsche mir als meinen Nachfolger an der Spitze des Kreisverbandes Niclas Dürbrook. Er hat bereits während meines Bürgermeisterwahlkampfes in Plön, also seit Anfang 2016 den Kreisverband federführend geführt. Unterstützt wurde er dabei in ganz hervorragender Weise durch Susanne Bötticher-Meyners und durch Burkhard Klinke und den ganzen Kreisvorstand. So sieht Solidarität aus. Dafür bedanke ich mich recht herzlich. ■

Nun sage ich Tschüss SPD Ostholstein.
Vielen Dank für die schöne und intensive Zeit.

Euer
Lars Winter

P.S. Ich habe in Plön schon einmal vorgefühlt, ob ich da im Kreisverband mitarbeiten kann. Einmal Partei, immer Partei. ☺

WAHLEN IM LAND

LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN!

Foto © Volker Schrank

Der Wahlkampf zur Landtagswahl am 7. Mai nimmt Fahrt auf. Wir haben bereits auf dem Landesparteitag im November 2016 unser Regierungsprogramm für die nächste Wahlperiode 2017-2022 beschlossen, und so langsam wird auch ein Vergleich mit dem politischen Mitbewerber möglich. Ich finde: Niemand kann behaupten, es gäbe am 7. Mai keine Wahl und die beiden Volksparteien in Schleswig-Holstein würden sich inhaltlich nicht unterscheiden. Das Gegenteil ist der Fall. Das will ich an drei Punkten zeigen:

1. NUR MIT DER SPD WIRD ES DAS KITA-GELD GEBEN

Mit dem Krippengeld, das seit dem 1. Januar als Zuschuss von bis zu 100 Euro an Familien gezahlt wird, deren Kind unter drei Jahren in eine Krippe oder öffentlich geförderte Kindertagespflege geht, haben wir den Einstieg in die beitragsfreie Kita geschafft. Weitere Schritte folgen – aber eben nur mit der SPD. Die CDU meint, die Eltern bräuchten dieses Geld nicht und will es ihnen wieder wegnehmen!

Wir hingegen wollen langfristig die Kinderbetreuung für die Grundversorgung komplett beitragsfrei gestalten. Deshalb erhalten Eltern ab 2018 für Kinder im ersten Kita-Jahr 100 Euro. Ab 2019 gilt das auch für das zweite Kita-Jahr. Ab 2020 für das dritte. 2021 kommt die nächste Entlastung in den Krippen. Diesen Rhythmus setzen wir fort - bis die Kinderbetreuung über das nächste Jahrzehnt komplett beitragsfrei geworden ist.

Gleichzeitig erfordert der weitere Ausbau der Kindertagesstätten in Quantität und Qualität massiv anwachsende Mittel der Kommunen, die von ihnen in diesem Umfang nicht mehr allein getragen werden können. Vieles ist schon erreicht, zum Beispiel haben wir den Landesanteil an der Kita-Finanzierung von 14,4 % im Jahr 2012 auf 19,8 % im Jahr 2016 gesteigert und die Investitionsmittel deutlich erhöht. Wir wollen aber mehr: Wir wollen die notwendigen Verbesserungen im Angebot für Kinder und Eltern erreichen und die Kommunen sollen ihre Leistungsfähigkeit insgesamt erhalten. Dazu ist es auch notwendig, dass wir die Kita-Finanzierung insgesamt transparenter gestalten.

2. NUR MIT DER SPD GIBT ES MINDESTLOHN UND TARIFTREUE

Wir haben ein wirksames schleswig-holsteinisches Tariftreuegesetz geschaffen. Es sorgt dafür, dass bei öffentlichen Aufträgen ein Mindeststundenlohn von 9,99 Euro gezahlt werden muss. Den Mindestlohn im Rahmen des Tariftreuegesetzes werden wir deshalb fest an die unterste Lohngruppe der Landesbeschäftigten binden. Öffentliche Aufträge gibt es nur, wenn mindestens dieser unterste Tariflohn gezahlt wird. Wir wollen den Wettbewerb unter den Betrieben über die Leistung und die Qualität, nicht über Dumping-Löhne!

Wir haben die Verschlechterungen der Vorgängerregierung im Mitbestimmungsgesetz zurückgenommen und die Personalräte im öffentlichen Dienst gestärkt: mit der Anhebung der Größe der Personalräte, mit dem Anspruch der Personalratsmitglieder auf Freistellung für Schulung und Fortbildung sowie mit der erhöhten Frequenz von Personalversammlungen und Gesprächen zwischen Leitung und Personalrat. Eine wirksame betriebliche Mitbestimmung ist ein wesentlicher Teil der Demokratisierung unserer Gesellschaft. Das ist übrigens auch eine Frage der Wertschätzung und des Miteinanders auf Augenhöhe.

Wir haben ein Register zum Schutz fairen Wettbewerbs geschaffen. Dadurch können Betriebe, die ihre Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen ausbeuten, leicht identifiziert werden. Sie werden von öffentlichen Aufträgen ausgeschlossen. Um Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bestmöglich zu schützen, brauchen wir aber mehr Kontrollen. Nur so kann die flächendeckende Einhaltung der Gesetze zum Arbeitsschutz erreicht werden.

Die CDU macht hier klassische Klientelpolitik, die weder für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, noch für die Gewerkschaften etwas Gutes bedeutet.

3. WIR STEHEN FÜR GUTE BILDUNG UND SETZEN AUF DEN ENDLICH ERREICHTEN SCHULFRIEDEN

Das jetzige Schulsystem in Schleswig-Holstein ist von einer breiten Mehrheit getragen. G8 an Gymnasien, G9 an Gemeinschaftsschulen - das war das Ergebnis eines großangelegten Bildungsdialogs. Wir haben in der Fläche eine Wahlfreiheit zwischen G8 an Gymnasien und G9 an den Gemeinschaftsschulen. G8 ist von den Gymnasien mit großem Engagement eingeführt und umgesetzt worden. Es gab und gibt wichtige Stimmen, es beim einmal beschlossenen System zu belassen. Das ist Schulfrieden!

Das Schulsystem in Schleswig-Holstein ist seit 2012 gerechter, leistungsfähiger und durchlässiger geworden. Mit den Gemeinschaftsschulen und den Gymnasien haben wir bei den weiterführenden Schulen zwei Wege mit jeweils eigenen Stärken. An jeder Schulart sind alle Abschlüsse möglich. In höheren Klassenstufen kommen die Beruflichen Schulen als weitere Möglichkeit dazu.

Daran wollen wir festhalten. Eltern, Schüler und Lehrkräfte haben von alten Strukturdebatten die Nase voll. Die CDU heizt die Debatte im Bündnis mit der Linkspartei erneut an und ist dabei nicht geschlossen. Gute und verantwortungsvolle Bildungspolitik sieht anders aus. Schulfrieden gibt es nur mit uns.

MEIN FAZIT

Schleswig-Holstein hat am 7. Mai 2017 die Wahl. Nur mit Ministerpräsident Torsten Albig und der SPD wird Schleswig-Holstein weiter gerecht und modern regiert!

WIR MACHEN DAS.

Eure Regina

Regina Poersch

WAHLEN IN DEN NIEDERLANDEN UND FRANKREICH
WEICHENSTELLUNGEN 2017 IN EUROPA

Foto © Stefan Perrine

Mit den Römischen Verträgen wurde vor ziemlich genau 60 Jahren der Grundstein für die Europäische Union gelegt. Doch 2017 ist sicher kein Jahr, in dem wir Europäerinnen und Europäer entspannt auf die vielen Erfolge zurückblicken werden. Denn in diesem Jubiläumsjahr steht das europäische Projekt vor den wohl größten Herausforderungen seiner Geschichte. Populisten innerhalb und außerhalb unserer Staatengemeinschaft versuchen die Union zu spalten – und das mit erschreckendem Erfolg, wie der bevorstehende Brexit zeigt. Spätestens nach dem britischen Votum für den EU-Austritt und der Wahl von Donald Trump zum US-Präsident im vergangenen Jahr sehen sich allerorten die Populisten mit ihren Abschottungs-Parolen im Aufwind.

Wenn die Niederländer im März ein neues Parlament wählen, droht die Partei des Rechtspopulisten Geert Wilders stärkste Kraft zu werden. Bei der Präsidentenwahl in Frankreich im April muss damit gerechnet werden, dass die Europagegnerin Marine Le Pen vom Front National es zumindest in die Stichwahl am 7. Mai schafft. Sollte sie tatsächlich Präsidentin werden würde dies wohl das Ende des europäischen Projekts bedeuten.

Doch noch ist es zu früh für Resignation. Im Gegenteil, was wir jetzt brauchen ist ein starkes Signal in Richtung Europakritiker: für eine schlagkräftige EU, die sich nicht unterkriegen lässt und sich für die Zukunft wappnet. Das Europäische Parlament hat dazu die Initiative ergriffen und Modelle entworfen, wie die Institutionen handlungsfähiger gemacht werden können. Wenn sich die europäischen Staats- und Regierungschefs Ende März zur Jubiläumsfeier treffen, müssen sie sich dringend damit beschäftigen. Dass die Union die Erwartungen vieler Menschen nicht erfüllt, hängt schließlich auch damit zusammen, dass ihr an vielen Stellen die Handhabe fehlt. Zu oft scheitern gesamteuropäische Interessen am Veto von Mitgliedstaaten, die nicht über den nationalen Tellerrand hinausschauen wollen.

So komplex und unterschiedlich die Gründe auch sind, die Wilders, Le Pen, Petri und Co. die Wähler zutreibt: Unterm Strich steht meist eine gewaltige Menge Frust und das Gefühl, den Verwerfungen der Globalisierung schutzlos ausgeliefert zu sein. Der Rückzug in die nationalen Schneckenhäuser scheint hier verlockend. Doch die nationale Abschottung wird ganz sicher keines unserer Länder stärker und sicherer machen! Deshalb muss die Union gerade in jenen Bereichen handlungsfähiger werden, in denen die Mitgliedstaaten alleine keinen Einfluss mehr nehmen können: beim internationalen Handel, in der Außen- und Sicherheitspolitik, der Umweltpolitik und ebenso auch in der Migrationspolitik.

Dass es kein Widerspruch ist, sowohl um die Idee Europa zu kämpfen, als auch für die Sorgen und Nöte der Menschen in ihren Gemeinden und Städten daheim einzutreten, machen in diesen Tagen die hohen Zustimmungswerte von Martin Schulz deutlich. Der angebliche Makel, der SPD-Kanzlerkandidat habe keine bundespolitische Erfahrung, scheint die Menschen nicht zu verunsichern – und das zu Recht nicht: Als Politikerin mit eigenem kommunalpolitischen Hintergrund weiß ich, dass Schulz mit seiner elfjährigen Erfahrung als Bürgermeister sehr wohl einschätzen kann, wo den Menschen vor Ort der Schuh drückt und was es ganz praktisch heißt, Verantwortung zu übernehmen. Genau diese Kenntnis hat auch seine Arbeit in Brüssel ausgezeichnet. Als Präsident des Europäischen Parlaments hat Martin Schulz sich unermüdlich für das europäische Projekt eingesetzt ohne dabei blind zu sein, für dessen Fehler. Mit ihm wird es deshalb kein populistisches Europabashing geben, sondern er wird sich weiter dafür einsetzen, dass Europa besser, gerechter und bürgernäher wird. Und das ganz klar auch aus einem deutschen Interesse heraus. Denn wie er es in seiner Nominierungsrede formuliert hat: „Ein funktionierendes Europa ist im vitalen Interesse von Deutschland und ein Deutschland, dem es gut geht, ist im Interesse von Europa."

Ulrike Rodust, MdEP

DER SCHULZZUG *ROLLT DURCH DEN NORDEN!*

Foto © B. Müller-Behrens

Am 29. Januar wurde Martin Schulz vom Parteivorstand als Kanzlerkandidat nominiert. Schon wenige Tage später besuchte er Schleswig-Holstein. Am 7. Februar war er unter anderem in Neumünster – die ersten großen öffentlichen Veranstaltungen fanden am 8. Februar in Rendsburg und Ahrensburg statt. Und bei beiden war der Ansturm enorm: Hunderte Menschen kamen, um Martin zuzuhören. In der folgenden Woche dann schon der nächste Stopp im Norden. Am 17. Februar stand der designierte Spitzenkandidat zunächst der Parteiführung, den Kreisvorsitzenden und Kandidat*innen hinter verschlossenen Türen in Kiel Rede und Antwort. Einen Tag später dann die nächste öffentliche Veranstaltung in der Lübecker „Kulturwerft". Rund 1.200 Menschen kamen, die Stimmung war grandios!

KREISVORSTAND
RECHTSEXTREMISMUS IN EUTIN

Foto © EUPOL

Sticker mit rechtsextremenen Parolen oder Symbolen, rechte Eutiner Facebook-Seiten: vermehrt gab es im vergangenen Jahr Hinweise auf rechtsextreme Aktivitäten in Eutin.

Daraufhin hat der SPD Kreisverband gemeinsam mit dem Eutiner SPD Ortsverein im Oktober 2016 eine Informationsveranstaltung durch des Beratungsnetzwerks gegen Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein (Beranet SH) initiiert. Ziel der Veranstaltung war die Aufklärung über und das Aufzeigen von Gegenstrategien zu rechten Aktivitäten und Einschüchterungen. Die Veranstaltung fand in einem kleinen Eutiner Lokal statt, bereits eine Viertelstunde vor Beginn gab es mit 40-50 interessierten Besucher_innen nur noch wenige Sitzplätze. Das große Interesse hat selbst uns überrascht – und zeigt, dass es Bedarf für solche Veranstaltungen gibt.

Dieser Bedarf wurde kurz vor Beginn der Veranstaltung in eindrucksvoller Weise bestätigt. Vier junge, dunkel gekleidete Männer kamen ins Lokal. Ihr aggressives Auftreten hatte eindeutig zum Ziel, die Gäste einzuschüchtern. Von den Szene-Kundigen wurden sie schnell als harter Kern der Eutiner Nazis identifiziert – Leute, die u.a. bei Demos in Neumünster zu den Wortführern gehören. Nach einigen Minuten ließen sie sich, unter lautem Pöbeln und Beleidigungen der Gäste, hinauswerfen. Kurz darauf war die Polizei vor Ort.

Fotos © KV Ostholstein

Das Verhalten der Gäste lieferte ein gutes Beispiel dafür, wie mit den Einschüchterungsversuchen Rechtsextremer umzugehen ist: keine/r von ihnen hatte die Veranstaltung verlassen. Und dennoch bleibt mehr als ein übler Nachgeschmack, unverblümt versuchen Nazis den öffentlichen Raum einzunehmen, Veranstaltungen zu stören und ihre Gegner einzuschüchtern. Sie haben keine Angst, sich zu zeigen.

Als die Veranstaltung mit Verzögerung beginnen konnte, informierten die Berater von Beranet SH, dass Ostholstein der Landkreis mit der höchsten politisch motivierten Kriminalitätsrate von rechts sei. Einschüchterung gehöre zum gängigen Instrumentarium Rechtsextremer. Mehrere Veranstaltungsteilnehmer_innen wussten dazu aus eigener Erfahrung zu berichten. Aber auch über die Propagandaaktivitäten Rechter wurde informiert. Dazu gehöre natürlich das Internet. Menschen, die gar nichts davon wüssten, befänden sich in fremdenfeindlichen Facebook-Gruppen. Es sei ebenfalls üblich, bestimmte Seiten des sozialen Netzwerks erst im Nachhinein in eine rechtsextreme umzubenennen.

Die Veranstaltung zeigte auch, wie wichtig der Job der Mitarbeiter_innen vom Beranet SH ist. Es war die richtige Entscheidung, in den Entwurf für das Landtagswahlprogramm die Verdoppelung der Beratungsteams aufgenommen zu haben!

In der Folge der Informationsveranstaltung haben sich Vertreter_innen des SPD-Kreisverbandes und -Ortsvereins mit dem Eutiner Bündnis gegen Rechts getroffen. Die Vertreter_innen des Bündnis informierten über ihre Aktivitäten, aber auch den Bedrohungen, denen sie durch Rechtsextreme ausgesetzt seien. Die SPD unterstützt die Ausweitung des Bündnisses in ein breites Eutiner Bündnis gegen Rechts nach dem Ratzeburger Vorbild. ■

Oliver Schmidt-Gutzat
OV-Eutin

https://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de

KREISVORSTAND *ARGUMENTE GEGEN RECHTS*

Auf ein Wort, meine lieben Aufrechtdeutschen und Abernazis

Wir freuen uns auf den Wahlkampf. Und auf die, die uns auf den Straßen Ostholsteins mit ihren rechten Phrasen beeindrucken und zur Rede stellen werden. Denn das wird passieren. Auch wenn wir Ostholsteiner in überwältigender Mehrheit nichts mit diesem braunen Völkchen am Hut haben. Auch nicht mit diesen Blauen von dieser gauländisch-höckeligen Partei von und zu Storch. Wir werden denen einfach ein paar Fragen stellen, um deren Weltbild zu korrigieren. Wenn es denn geht. Auf jeden Fall wird es immer um Asylanten, Ausländer, Kriminelle, Vergewaltiger, Nafris, Geldabzocker und so weiter gehen. Denn mehr haben diese Leute ja nicht als „politische“ Botschaft:

„Die kriegen alles in den A*** gestopft, 3000 Euro im Monat, neues Handy und Markenklamotten!“ – Es gibt zwar keine Quellen, aber es sind maximal 350 Euro, die Handys hatten sie meistens schon und die Klamotten sind überwiegend Spenden. Möchten Sie etwas spenden?

„Unsere Rentner müssen im Müll nach Flaschen suchen und die Obdachlosen erfrieren!“ Nun, die Grundsicherung im Alter ist vielleicht zu gering, aber wäre auch ohne Flüchtlinge dieselbe. Und jeder hat die Möglichkeit und das Anrecht auf Sozialleistun-

gen inkl. einer Wohnung. Es muss niemand auf der Straße leben. Aber wir freuen uns, dass Sie sich in der Obdachlosenhilfe engagieren wollen? Brauchen Sie eine Adresse?

„Wir müssen bald mit Burka rumrennen und islamisch beten! Die übervölkern uns!“ Aha, dann überlegen wir einmal: Die Hälfte der 1 Mio. Flüchtlinge sind Kinder, von der anderen Hälfte ungefähr 2/3 Männer. Bleiben rund 160.000 Frauen, die wiederum in aller Regel verheiratet sind und rechnerisch ein Kind pro Jahr bekommen könnten. Das wären in 50 Jahren acht Millionen Kinder, vorausgesetzt alle Frauen blieben hier. Zeitgleich werden rund 30 Mio. deutsche Kinder geboren. Wie soll dabei eine Übervölkerung möglich sein?

„Die vergewaltigen alle unsere Frauen!“ Es gibt immer mal wieder Straftaten, die bestraft werden müssen. Eine signifikante Änderung gibt es allerdings laut BKA nicht. Wissen Sie eigentlich, dass Frauenhäuser eröffnet werden mussten, um deutsche Frauen vor ihren deutschen Männern vor Vergewaltigungen zu beschützen? Finden Sie nicht auch, dass man die 300.000 deutschen Männer, die in Thailand auch Minderjährige vergewaltigen in Deutschland wegsperren müsste?

„Die Regierung hat gegen das Recht verstoßen!“ Das mag ja vielleicht sein. Aber soll man Menschen verhungern, verdursten oder ertrinken lassen, nur weil niemand hilft? Würden Sie jemanden verhungern, verdursten oder ertrinken lassen, wenn Sie am Strand spazieren gehen?

„Das sind alles Attentäter und Bombenleger!“ Ja, es gab unter den Flüchtlingen einige gefährliche Leute und einige halten sich in Europa auf. Wissen Sie eigentlich, dass seit 1990 fast 200 Menschen in Deutschland von Rechtsradikalen getötet wurden? Erinnern Sie sich an den Oktoberfestanschlag 1980? Da wurden 13 Menschen von einem Neonazi ermordet und über 200 verletzt. Was sagen Sie eigentlich zu fast 1000 Straftaten wie Brandstiftung und Körperverletzung gegen Menschen, nur weil sie anders aussehen?

Die Liste ließe sich mit Sicherheit beliebig fortsetzen – über Wohnungen und Arbeitsplätze bis zu absurdesten Weihnachtswortänderungen und den schlimmen arabischen Zahlen.

Unser Vorschlag: Stellt unseren aufrechtdeutschen Abernazis einfach Gegenfragen. Ihr werdet sehen, sie werden scheitern. Belehren lassen sie sich meistens nicht von wegen „Lügenkresse“ und so. Gutmenschliche „Folksfahrräder“ sind wir in deren Augen sowieso.

Und wenn Ihr gemein sein wollt: Fragt die blaunen Abendlandretterwähler (sind ja häufig alleinstehende Männer mit Smartphone) und angeblichen Kleiner-Mann-Fürsprecher doch einfach mal, warum deren Kandidaten den Mindestlohn abschaffen und Sozialleistungen privatisieren wollen. Und fragt, ob 70 Jahre Frieden in Europa nicht eine ganz schön gute Leistung der Altparteien sind.

Und dann fragt sie zum Schluss, so als ganz stolze Deutsche, noch nach dem Artikel 1 unseres Grundgesetzes. Sie werden ihn kaum kennen. Sagt ihnen einfach: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Und einen schönen Tag noch.

Hansjörg Thelen
KV-Beisitzer

KREISVORSTAND *LINKS GEGEN RECHTS*

Auf unserer Internetseite SPD-Ostholstein.de findet Ihr über > Kontakt > Downloads > scrollen bis „Gegen AfD“ die PDFs vom Parteivorstand – oder einfach auf die Links gegen Rechts klicken!

http://www.spd-ostholstein.de/dl/AfD-Skandal-Chronik.pdf
http://www.spd-ostholstein.de/dl/Gegen_Hetze_Quer_A5_RZ_WEB.pdf
http://www.spd-ostholstein.de/dl/Die_AfD_behauptet.pdf
http://www.spd-ostholstein.de/dl/AfD_Zitatsammlung.pdf
http://www.spd-ostholstein.de/dl/argukarten_2016-data.pdf
http://www.spd-ostholstein.de/dl/ArguKarten_AfD_2016_RZ_low.pdf
http://www.spd-ostholstein.de/dl/AfD_Argumente_und_Strategien.pdf

KREISVORSTAND *ARBEITSPROGRAMM*

Foto © Susanne Ennulat

Niclas Dürbrook kandidiert für den Kreisvorsitz. Er hat viel vor und mit den Bewerber_innen für den Kreisvorstand ein Arbeitsprogramm erarbeitet, das auf dem Kreisparteitag als Antrag eingebracht wird. Politik heißt etwas wollen, sozialdemokratische Politik heißt Veränderungen wollen. Weil Veränderungen Verbesserungen verheißen, wollen die Berwerber_innen Themen wie zum Beispiel die anstehenden Wahlkämpfe und die Mitgliederbetreuung, sofern beschlossen, angehen.

Bei der Landtagswahl wird es darum gehen, unsere drei Ostholsteiner Landtagskandidat_innen zu unterstützen, um weiterhin mit drei Abgeordneten in der Landtagsfraktion vertreten zu sein. Darüber hinaus müssen wir uns für den nächsten Härtetest, die Bundestagswahl, vorbereiten. Natürlich kämpfen wir für Martin Schulz und die Zweitstimmen, aber auch für Bettina Hagedorn. Der Spitzenkandidatin der SPD Landesliste wollen wir helfen wieder direkt in den Bundestag einzuziehen. Dafür wird der Kreisvorstand kämpfen.

Für die Kommunalwahl im Frühjahr 2018 will der Kreisvorstand neben dem Kreiswahlprogramm auch die Kreiswahlkam-

pagne erarbeiten und die Ortsvereine unterstützen. Regionaltreffen werden uns einen Überblick über die Ortsvereine verschaffen, um gezielt unterstützen zu können. Es wird Schulungsangebote geben, um vor allem unsere neuen Kandidat_innen für die Arbeit in den kommunalen Parlamenten vorzubereiten.

Für die anstehenden Wahkämpfe hoffen wir auf Euch! Ein_e Mitgliederbeauftragte_r wird Euch unterstützen und Euer Ansprechpartenr für Fragen sein. Die erfolgreichen Veranstaltungen Neumitgliederfrühstück und Parteischule sollen beibehalten werden. Darüber hinaus gibt es auf Parteitagen ein Orientierungsangebot für erstmalige Teilnehmer, auf dem Kreisparteitag am 25. Februar ist Premiere. Außerdem wird es Mitgliederversammlungen zu verschiedenen Themen geben, um die Basis stärker in die Positionsfindung der Kreis SPD einzubinden. Zudem möchten wir für den Ostholsteinbrief ein Redaktionsteam bilden und ihn öfter mal drucken lassen.

Unsere Partei lebt von inhaltlichen Diskussionen und starken Anträgen. Diese wird der Kreisvorstand in den entsprechenden Gremien diskutieren. Mitglieder des Vorstandes sollen die Themenfelder betreuen, um beispielsweise Anträge für den Kreisparteitag zu erarbeiten. Auch die neuen Medien werden zukünftig verstärkt eingesetzt. Zwar wird weiterhin auf die klassischen Medien wie Zeitung oder Website gesetzt. Gleichzeitig will der Kreisvorstand aber den Auftritt der SPD Ostholstein in den sozialen Netzwerken intensivieren.

Selbstverständlich wird weiterhin ein enges Verhältnis zu den Arbeitsgemeinschaften gepflegt. Gegebenenfalls wird auch die Gründung einer neuen Arbeitsgemeinschaft unterstützt.

Dieses ambitionierte Programm legt euch der Kreisvorstand am 25. Februar vor und hofft auf eure Zustimmung. ■

Marcel Müller
KV Beisitzer

KREISVORSTAND *OFFENER BRIEF*

Ich unterscheide nicht mehr.

Nein, ich unterscheide nicht mehr. Nicht mehr zwischen ach so besorgt wütenden Protestwählern und den Nazis der AfD. Ich habe Euch gefragt, was Euch so wütend macht. Ich habe gelesen, was Euch so wütend macht. Aber Ihr gebt nur sterotype Antworten, dass Euch irgendwer irgendwas wegnimmt. Natürlich sind es ausnahmslos die bösen Flüchtlinge oder Ausländer und wenn nicht die, dann die Schwulen oder auch die Linkshänder. Irgendeiner muss es ja schließlich schuld sein.

Nein, ich unterscheide nicht mehr. Nicht mehr zwischen Euch abendlandrettenden Pegi- und Patridioten und den Nazis der AfD. Ich sehe Euch im Kreis umher spazieren und höre Euch rechte Parolen grölen. Von „Lügenkresse“ und „Folgsfahrrädern“ skandiert Ihr mit der Bierflasche in der Hand und der Reichsfahne aus dem Mund. Ihr brüllt so etwas von „Meinungsfreiheit“. Dabei brüllt Ihr nur Gewalt und Hass gegen Andersdenkende.

Nein, ich unterscheide nicht mehr. Nicht mehr zwischen Euch selbsternannten Volksdarstellern und den Nazis der AfD. Ihr empört Euch über Obdachlose und flaschensuchende Rentner_innen. Ich sehe Euch aber nicht, wie Ihr bei der AWO, der Bahnhofsmission oder der Diakonie helft. Es kümmert Euch nämlich nicht. Ihr missbraucht die Schwächsten nur für Euren Rassismus.

Nein, ich unterscheide nicht mehr. Nicht mehr zwischen Euch trumpelnden Gleichschrittläufern und den Nazis der AfD. Ihr krakelt von Vergewaltigungen und Anschlägen. Dabei freut Ihr Euch hämisch im Netz, wenn ein Ausländer verletzt wirdoder im Mittelmeer elendig ersäuft und ignoriert die hunderttausendfache tagtägliche Gewalt gegen Frauen und Kinder unter Euren eigenen deutschen Dächern und die rechtsradikalen Übergriffe gegen Wehrlose und Schwache.

Nein, ich unterscheide nicht mehr. Nicht mehr zwischen Euch aufrechtdeutschen Möchtegernchristen und den Nazis der AfD. Ich sehe Euch nicht in den Kirchen sondern nur auf den Straßen marschierend marodieren und brandschatzen. Ich sehe keine Nächstenliebe, wenn Ihr fremde Menschen durch die Straßen jagt und gnadenlos verprügelt. Die Bibel spricht von einem brennenden Busch, nicht von brennenden Häusern, vor denen Ihr besoffen mit zu grotesk verzogenen Fratzen klatscht und tanzt.

Nein, ich unterscheide Dich nicht mehr von den Nazis der AfD, wenn Du sagst, dass Du die geil findest oder wählen willst. Weil Du das ja nur aus Protest machst. Na klar. Du weißt genau, wer die sind. Du weißt genau, wie die denken. Du weißt genau, was die wollen. Also erzähl mir nichts.

Ich unterscheide Dich erst wieder, wenn Du mir sagst, dass Du deren Menschenverachtung ablehnst und dass Du unsere Freiheit und unser friedliches Miteinander schützen willst. Du musst nicht unbedingt die SPD wählen. Von mir aus auch die Grünen, die Linken, zur Not auch die Liberalen oder die Konservativen. Aber wenn Du wählst, dann bitte die, die unsere Gesellschaft erhalten wollen. Nicht die, die sie zerstören wollen. Keine Partei ist vollkommen und niemals kann allen alles recht gemacht werden. Aber eines kann man: Humanität bewahren, Freiheit schützen und in friedlicher Gemeinschaft leben.

Wenn Du mir das versprichst, unterscheide ich Dich wieder. Denn dann bist Du keiner mehr von den Nazis der AfD.

Du wirst Dich jetzt aufregen und mich als arrogantes Establishment beschimpfen, das Deine angeblichen Sorgen und Nöte nicht versteht oder ernst nimmt. Das will ich schon machen, versprochen. Aber nicht, solange Du zum Takt der Rassisten und Nazis marschierst. Denn solange stehst Du mir und meiner solidarischen und freien Gesellschaft feindlich gegenüber und willst mich zerstören.

Also, denk´ darüber nach.
Und dann entscheide Dich für Vielfalt, Humanität, Gerechtigkeit und Freiheit.
Denn sonst verlasse ich Dich.

Deine Demokratie

LANDESPARTEITAG
LPT, LWK-LAND UND LWK-BUND

Vom 27. bis 29. Januar fand in der Lübecker Musik- und Kongresshalle die Listenaufstellungen für die Landtags- und die Bundestagswahl statt. Darüber hinaus wurde am Freitag ein neuer Landesvorstand gewählt. Aus Ostholsteiner Sicht können wir mit dem Verlauf des Landesparteitages sehr zufrieden sein, aber dazu später mehr, es lohnt sich nämlich, die Tage einzeln durchzugehen.

Am Freitag fand sich unsere 16-köpfige Delegation um 17.00 Uhr in Lübeck ein. Es versprach an diesem Abend schon spannend zu werden, denn bei den Wahlen zum Landesvorstand schieden zwei Mitglieder aus, es gab aber drei Bewerber um die frei gewordenen Plätze. Nach der Begrüßung durch die stellvertretende Landesvorsitzende und Schenefelder Bürgermeisterin Christiane Küchenhof, bewarb sich Ralf Stegner erneut um das Amt des Landesvorsitzenden. Er machte klar, dass Erfolge der Partei immer gemeinschaftliche Erfolge sind und forderte die Delegierten auf, im Wahlkampf geschlossen zu stehen. Nach langem Applaus bekam Ralf sein persönlich bestes Ergebnis von über 91%. Für uns Ostholsteiner war besonders erfreulich, dass auch Bettina Hagedorn in ihrem Amt als Stellvertreterin bestätigt wurde. Überhaupt waren die Ergebnisse dieses Mal sehr gut, man merkte, dass die Stimmung in der Partei, nicht nur nach der Bekanntgabe der Kandidatur von Martin Schulz, gelöst und euphorisch war. Sogar die Stichwahl zu den Beisitzerplätzen verlief friedlich, sodass der Parteitag nicht überzogen werden musste.

Am Samstag lag dann das erste Mal wirkliche Spannung in der Luft, denn es ging um die Listenaufstellung zur Landtagswahl. Das Procedere ist hier so, dass Ralf Stegner dem Landesvorstand einen Vorschlag für die Liste macht, dann kann dieser theoretisch noch Änderungen vornehmen und danach wird dieser Vorschlag dem Parteitag vorgestellt. Im Vorfeld hatte Ralf sowohl Gespräche mit allen Kandidierenden als auch mit den SPD Kreisvorsitzenden geführt. Eine Listenaufstellung ist ein sehr undankbarer Job. Man muss viele Faktoren beachten: Arbeit in der Fraktion, Arbeit in der Partei, Regionalproporz, Alter, Geschlecht und und und. Kurz gesagt: Ralf konnte es hier nicht allen recht machen.

Schön ist, dass wir mit Sandra Redmann auf Platz sechs und Regina Poersch auf Platz zehn gleich zwei Abgeordnete haben, die wohl aller Voraussicht nach im Landtag sitzen werden, egal ob sie den Wahlkreis direkt gewinnen, was natürlich weiterhin das Ziel bleiben sollte, oder nicht. Bedauerlich ist, dass Andreas Herkommer mit Platz 33 keine Chance haben wird, über die Liste

Fotos © SPD Landesverband SH/ Steffen Voß (2), KV-OH (rechts)

Foto © SoziFotoSH/Rudolf Riep

zu ziehen. Umso wichtiger ist, dass Andreas den Wahlkreis direkt gewinnt, Lars hat ja gezeigt, wie das geht.

Obwohl es von mehreren Seiten Murren über ihre Listenplätze gab, gab es trotzdem keine Kampfkandidaturen. Das spricht einerseits für Geschlossenheit, anderseits aber auch für Resignation auf den hinteren Plätzen.

Zu kritisieren ist, besonders aus meiner Position als Juso Kreisvorsitzender, dass sich kein richtig guter Platz für jemanden unter 35 gefunden hat. Unser bisheriger Juso-Abgeordneter Tobias von Pein aus Stormarn wurde trotz sehr aktiver Arbeit in der Fraktion nur auf Platz 15 gesetzt, der andere Juso-Kandidat, Hendrik Schwindt-Hansen, aus Nordfriesland nur auf 27 und das obwohl er im Kreis mit dem schlechtesten SPD-Ergebnis bei der letzten Wahl antritt. Hier hätte ich mir mehr Unterstützung für junge Kandidaten gewünscht. Aber wie schon eingangs erwähnt, man kann es nicht allen Recht machen. Erfreulich ist aber, dass der Reißverschluss (Mann-Frau-Mann-Frau) auf der Liste eingehalten wurde.

Am Nachmittag kam uns dann noch Malu Dreyer besuchen. Sie hat im Wahlkampf in Rheinland-Pfalz einen Rückstand von

zehn Prozent in den Umfragen aufgeholt und uns mit ihren Erzählungen zusätzlich motiviert.

Am Sonntag ging es dann das zweite Mal um die Liste, allerdings dieses Mal um die für Bundestagswahl. Der Tag startete mit einem Paukenschlag, denn Ralf hatte mit seinem Vorschlag sämtliche Gedankenspiele der Delegierten zerstört, indem er die Liste von einer Frau anführen ließ. Für uns erfreulich, denn die Spitzenkandidatin für die Bundestagswahl ist unsere Abgeordnete Bettina Hagedorn! Danach folgten Sönke Rix, Nina Scheer, Ernst-Dieter Rossmann und Gabi Hiller-Ohm. Auf Platz sechs wurde es dann nochmal spannend, denn die Steinburger Abgeordnete Karin Thissen kandidierte gegen Matthias Illgen aus Nordfriesland. Karin hielt eine überzeugende Rede und konnte Matthias hier deutlich den Platz abnehmen. Auf Platz sieben wurde der 29-jährige Alexander Wagner gewählt, was ein schönes Signal an die junge Generation ist. Auf Platz acht passierte dann der denkwürdigste Moment dieses Wochenende. Nachdem Karin Thissen diesen Platz freigemacht hatte, bewarben sich Matthias Illgen sowie Clemens Teschendorf und Birgit Malecha-Nissen, die beide auf zweistellligen Listenplätzen gesetzt waren. Im ersten Wahlgang unterlag Birgit deutlich und zog ihre Kandidatur um Platz acht zurück. Im zweiten Wahlgang ging ein Raunen durch den Saal, denn Matthias und Clemens lieferten sich ein Kopf an Kopf Rennen mit 94 zu 94 Stimmen. Erst im dritten Wahlgang ging Clemens mit 94 zu 92 Stimmen als Sieger hervor. Danach erklärte Matthias, dass er nicht weiter auf der Liste kandidieren möchte und warb gleichzeitig darum, ihn im Wahlkampf um ein Direktmandat zu unterstützen.

Was bleibt also von einem langen Wochenende? Die Partei steht trotz Kampfkandidaturen geschlossen wie lange nicht und auch die Stimmung auf dem Parteitag war überragend. Trotzdem wird es bei den Wahlen spannend, weil es mit AfD und FDP gleich zwei Parteien gibt, deren Ergebnis man gar nicht einschätzen kann. Es lohnt sich also, um Direktmandate zu kämpfen, damit wir nicht auf die Liste angewiesen sind. Niemand weiß dieses Mal, wie weit die Liste ziehen wird. ■

Tim Dürbrook
Delegierter

Die Frauen der Ostholsteiner Delegation freuen sich mit allen Delegierten über den herzerfrischenden und motivierenden Auftritt von Malu Dreyer, SPD Spitzenfrau aus Rheinland Pfalz, die weiß, wie Wahlkämpfe gewonnen werden. „Das Trikot schwitzt nicht von allein“.

Ostholstein ist auf der Bundesliste mit Bettina Hagedorn auf Platz 1 vertreten, auf der Landesliste mit Sandra Redmann auf Platz 6, Regina Poersch auf Platz 10. Andreas Herkommer wird mit Listenplatz 33 den Wahlkreis Ostholstein Nord direkt gewinnen müssen. Wir machen das, denn Wahlprogramm und Personal sind stimmig. ■

Ute Stahl
Vorsitzende der ASF Ostholstein

Fotos © SoziFotoSH/Rudolf Riep (3)

Foto © Stella Steinmann

FFBQ UND SUNDBRÜCKE

BETTINA HAGEDORN FORDERT NEUEN TERMIN MIT BAHNVORSTAND IN OSTHOLSTEIN!

Foto © Studio kohlmeier

Die Zusage von Bahn-Chef Rüdiger Grube, am 24. Februar zehn Stunden zum Bürgergespräch auf Augenhöhe nach Ostholstein zu kommen, setzt hohe Maßstäbe für die Glaubwürdigkeit der Bahn – sein plötzlicher Rücktritt bringt den Bahnvorstand unter Zugzwang.

Gemeinsam mit vielen Bürgermeistern und Bürgerinitiativen der Region war ich bis vor kurzem sehr erfreut, dass insbesondere der kürzlich zurückgetretene Bahn-Chef Dr. Rüdiger Grube viel Energie investiert hat, um offene Fragen rund um die FBQ-Hinterlandanbindung zu klären. Das wurde besonders deutlich, als seine 180-Grad-Wende zum Sanierungsstau der Sundbrücke und seine Zusage vor dem Rechnungsprüfungsausschuss am 2. Dezember in Berlin, die Investitionsmittel dafür u.a. auf 11 Mio. Euro bis 2020 zu verdoppeln, lange gärende Konflikte schlagartig entschärfte. Besonders froh war ich deshalb, dass Dr. Grube mir persönlich bereits vor Monaten zugesagt hatte, am 24. Februar von 12 bis 22 Uhr – zehn Stunden lang! – für Gespräche mit den Anwohnern und Kommunalpolitikern entlang der Trasse nach Ostholstein zu kommen.

Den Ablaufplan für diesen Besuch habe ich wochenlang mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern vor Ort eng abgestimmt – vorgesehen waren ab 12:15 Uhr öffentliche Gespräche, für die sich Dr. Grube z.B. im Schwartauer Bahnhof über eine Stunde Zeit nehmen wollte. Ähnlich sollten anschließend an vier weiteren ‚Hotspots' der geplanten FBQ-Trasse: in Luschendorf/Ratekau (gemeinsam mit Vertretern aus Timmendorfer Strand), in Altenkrempe (gemeinsam mit Schashagen und Sierksdorf), in Fehmarnsund (gemeinsam mit Großenbrode) und am Bahnübergang in Göhl Gespräche vor Ort stattfinden. Als abschließender Höhepunkt war eine öffentliche Abendveranstaltung in Oldenburg geplant, für die Bürgermeister Thomas Keller aus Ratekau als ‚Chef' des Projektbeirates ebenso wie der Sprecher des Dialogforums Dr. Christoph Jessen, Landrat Reinhard Sager und Wirtschaftsstaatssekretär Dr. Frank Nägele aus Kiel als Podiumsgäste zugesagt hatten. Am 24. Januar segnete Dr. Grube diesen Ablaufplan offiziell ab – leider folgte nur sechs Tage später dann sein Rücktritt aus heiterem Himmel im Streit mit Teilen des Aufsichtsrats. Das ist bitter.

Ich bedauere, dass die kommissarischen Bahnvorstände Dr. Lutz und Ronald Pofalla nicht nur die Bereisung Ostholsteins, sondern auch diese Abendveranstaltung am 24. Februar im Oldenburger Gewerbezentrum abgesagt und sich bislang nicht auf eine verbindliche Zusage des Bahnvorstands für den Frühsommer 2017 in Ostholstein festgelegt haben. Ich werde dennoch nicht lockerlassen und mich auch gegenüber dem neuen Bahnchef dafür einsetzen, dass es bei der von Dr. Grube bewusst eingeschlagenen Richtung hin zu mehr Offenheit, Transparenz und Dialog bleibt. Ich erwarte, dass der von uns gemeinsam abgestimmte zehnstündige Ablaufplan mit dem Bahnvorstand in Ostholstein zu einem späteren Zeitpunkt nachgeholt werden kann. Die von mir geplanten Gespräche vor Ort wären für den Bahnvorstand eine hervorragende Gelegenheit, den Menschen in Ostholstein zu beweisen, dass er ihre Anliegen ernstnimmt.

Stattdessen hat der Projektleiter der DB Bernd Homfeldt mit Bahnsprecherin Maja Weihgold in einem Interview im Fehmarnschen Tageblatt (FT) vom 3./4. Februar 2017 mich – diplomatisch ausgedrückt – mit einigen Aussagen irritiert, die ich deshalb in einem Offenen Brief kritisiert und um Klarstellung gebeten habe. Nicht nur, dass die Bahn laut FT nur „bis 2020 rund sechs Millionen Euro" zum Erhalt der Sundbrücke investieren wolle anstatt von Dr. Grube zugesagter 11 Mio. Euro, sondern die Bahn suggeriert ebenfalls, dass die vierjährige Vollsperrung der Strecke Haffkrug bis Puttgarden von 2020 bis 2024 angeblich quasi beschlossen sei und ebenfalls eine gleichzeitige Elektrifizierung der Sundbrücke bis 2024 – beides ist jedoch derzeit (bedingt durch mehrjährige Klageverfahren gegen den Planfeststellungsbeschluss zur Hinterlandanbindung) nicht einmal ansatzweise realistisch. Am 31. Januar 2017 hat das Bundesverkehrsministerium dem Rechnungsprüfungsausschuss schriftlich berichtet, „dass eine Elektrifizierung (Anm. d. Red., der bestehenden Sundbrücke) derzeit (...) nicht erforderlich sei". Verwundern muss die Aussage der Bahn zum ersten Spatenstich der Hinterlandanbindung, welcher (Zitat!): „2020 erfolgen könnte" – dieser Zeitpunkt ist Dank absehbarer Klageverfahren allerdings höchstens ein Wunschtraum der Bahn. Die Eile der Deutschen Bahn ist erstaunlich ... da ja die Dänen inzwischen längst eingeräumt haben, dass ihr Tunnelprojekt vor 2029 in keinem Fall eingeweiht werden kann. Wozu also eine (teure und nutzlose) Elekrifizierung der Sundbrücke, wenn gar keine Züge aus Dänemark zu erwarten sind? Die Konzernbevollmächtigte Manuela Herbort und Bernd Homfeldt sind übrigens mittlerweile in Beantwortung meines offenen Briefes zurückgerudert: die Bahn werde sich natürlich an die Zusagen von Dr. Grube halten. Dennoch, die Deutsche Bahn muss mit mehr Glaubwürdigkeit auf die Anliegen der Menschen vor Ort reagieren und mit Transparenz und Verlässlichkeit Vertrauen aufbauen.

Foto © Büro Bettina Hagedorn

Die von mir mit Dr. Grube geplante Ostholstein-Tour wäre dafür genau das richtige Signal gewesen. Ich hoffe, dass auch der neue Bahnchef das erkennen und die Termine mit mir und den Betroffenen vor Ort so bald wie möglich wahrnehmen wird.

Bettina Hagedorn, MdB

BESONDERE JUBILÄEN IN EUTIN UND SIERKSDORF

EHRUNGEN FÜR 65 JAHRE PARTEIMITGLIEDSCHAFT

Die selbstgenähten und bestickten Kissen fallen sofort ins Auge, wenn man Elfriede Stenders Wohnzimmer betritt. Gerne hätte sie nach dem freiwilligen neunten Schuljahr eine Ausbildung zur

Foto © Oliver Schmidt-Gutzat

Schneiderin gemacht. Aber zu jener Zeit war keine Lehrstelle frei. Elfriedes Stimme ist lebhaft, wenn sie davon erzählt. Und von ihrer Leidenschaft fürs Tanzen. Bis vor etwa 15 Jahren hat Elfriede an den von der AWO organisierten Tanzveranstaltungen teilgenommen.

Elfriede wurde am 17. Januar 1920 in Eutin geboren – im Ortsteil Neudorf, in dem sie auch zur Schule ging und in dem sie noch heute lebt. Nach der Schulzeit war sie lange bei einer Eutiner Familie in Stellung. Ihren verstorbenen Mann hatte sie bei einer Familienfeier in Groß Schlamin kennengelernt und während dessen Heimaturlaub im Mai 1944 geheiratet. Danach dauerte es einige Jahre, bis sie ihren Mann wiedersah, erst 1949 kehrte er aus russischer Kriegsgefangenschaft zurück.

„ICH BIN 1952 IN DIE SPD EINGETRETEN, WEIL MEIN VATER IN DER SPD WAR. DAS WAR AUCH FÜR MICH DAS RICHTIGE.“

„Mein Mann ist ein paar Jahre später auch Mitglied geworden.“ Elfriede erinnert sich gern an die Mitgliederversammlungen, die sie gemeinsam besucht haben. Und als die Sprache auf Willy Brandt kommt, wird ihre Stimme wieder so lebhaft wie bei dem Gespräch über das Tanzen und über ihre Familie. Ihre Familie, das sind zwei Kinder, zwei Enkel und vier Urenkel.

Am 20. Februar 2017 wurde Elfriede für ihre 65-jährige Mitgliedschaft in der SPD geehrt. Die SPD-Präsenz war groß an diesem besonderen Tag: Neben dem Ortsvereinsvorsitzenden Uwe Tewes, der die Ehrenurkunde überreichte, gratulierten die Landtagsabgeordnete Regina Poersch und die Bundestagsabgeordnete Bettina Hagedorn. Indirekt war noch weitere SPD-Prominenz anwesend: Denn auf dem Wohnzimmertisch lag noch die Glückwunschkarte von Ralf Stegner zu Elfriedes 97. Geburtstag. Und Bettina Hagedorn überreichte ein Buch über den Reichstag mit einer persönlichen Widmung von Frank-Walter Steinmeier.

Oliver Schmidt-Gutzat
OV Eutin

Foto © Burkhard Klinke

ICH BIN EINGETRETEN, WEIL DIE SPD DIE ZIELE DER GEWERKSCHAFTEN, DIE INTERESSEN DER ARBEITNEHMER_INNEN, VERTRITT.

DAFÜR TRETE ICH EIN SPD

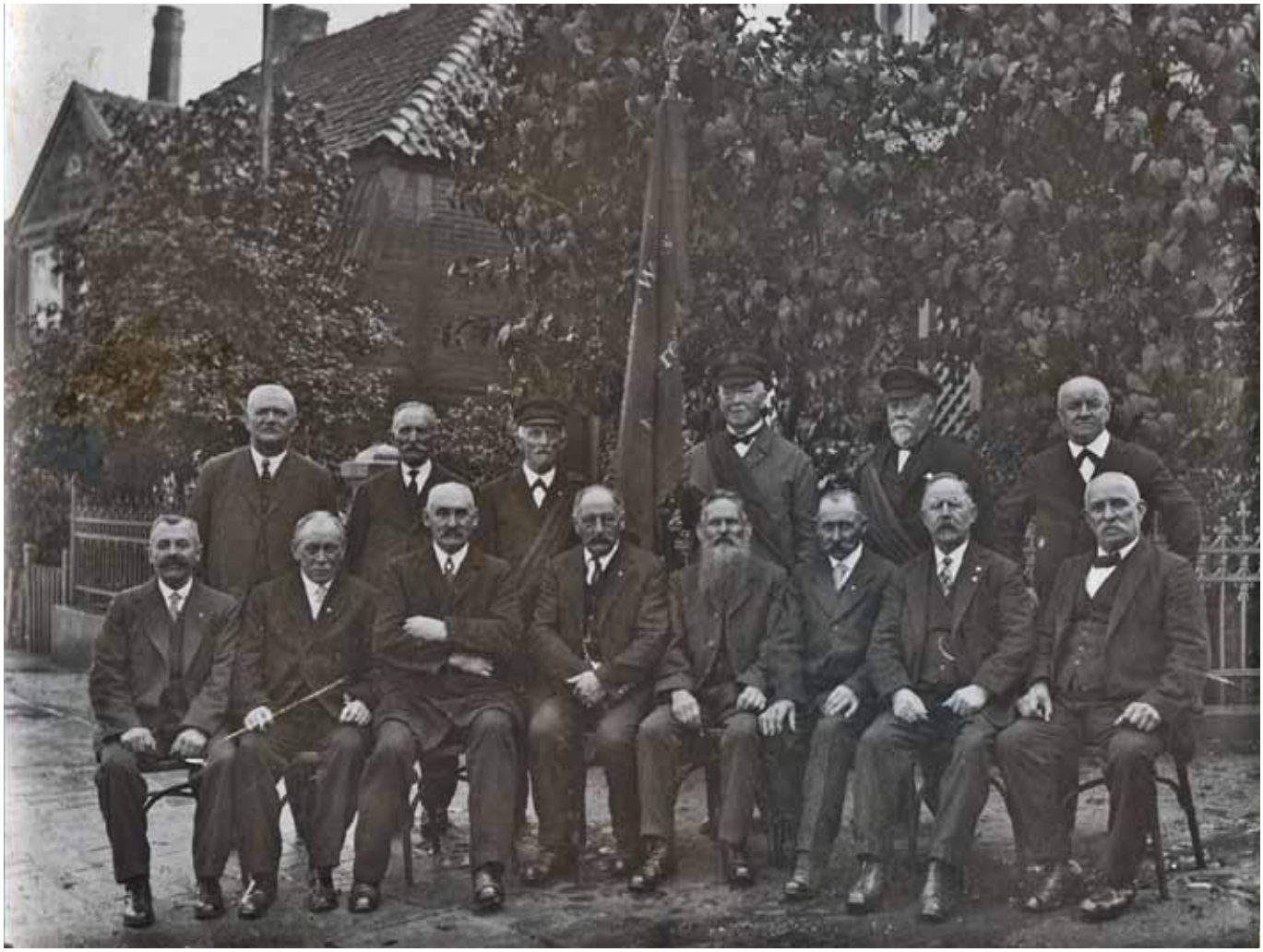
ORTSVEREINE
125 JAHRE SPD STOCKELSDORF

Es ist ja heute leicht, Mitglied der SPD zu werden und zu sein. Im Internet „Mitglied werden“ anklicken und das Eintrittsformular Online ausfüllen, die Beiträge werden per SEPA-Lastschriftverfahren eingezogen. Wer nicht nur passiv Mitglied sein möchte, schaut noch bei seinem Ortsverein vorbei, um im Vorstand oder in der Fraktion mitzuarbeiten.

So war es jedenfalls bei mir, als ich vor zehn Jahren den Weg zur SPD fand und so wird es hoffentlich bei vielen der mehr als 6.000 Neumitgliedern (nur online-Eintritte, Stand 15.02.) sein, die nach der Nominierung von Martin Schulz als Kanzlerkandidat bundesweit spontan der SPD beigetreten sind.

Beim Rückblick in die mehr als 150-jährige Geschichte der Bundes SPD verwundert es, dass die älteste Partei Europas das Kaiserreich und das Verbot durch Bismarcks Sozialistengesetz ebenso überlebte wie den Ersten Weltkrieg und die Wirren der Weimarer Republik und insbesondere die Verfolgung und den Terror der Nazi-Diktatur.

Das konnte nur gelingen, weil unsere Altvorderen unbeugsam an die liberale Idee der demokratischen und sozialen Emanzipation glaubten und dadurch letztlich ermöglichten, dass der uneheliche Sohn einer Verkäuferin Bundeskanzler und der Sohn eines Tischlermeisters Bundespräsident wurden und vielleicht



Fotos © OV Stockelsdorf/Archiv (2)

Die Gründer der SPD Stockelsdorf 1892 *oben: R. Hartmann, J. Hoffmann, H. Hoffmann, H. Lütgens, R. Schnoor, W. Hoffmann; unten: Chr. Groß, H. Freese, F. Dammann, F. Beth, J. Bull, A. Schmidt, H. Westphäling, W. Hoffmann*

ein Buchhändler ohne Abitur unser nächster Bundeskanzler sein wird.

In Stockelsdorf fanden sich schon zur Zeit des Sozialistengesetzes (ab 1878) Menschen zusammen, die für die Ideen von Freiheit und Gerechtigkeit der Sozialdemokratie eintraten und die Not der Arbeiterklasse zum Thema machten. Man traf sich konspirativ oder man gab die Zusammenkünfte als Wanderungen und Kulturveranstaltungen aus. Die als Männerchor 1883 gegründete Fackenburger Liedertafel bot dazu die Möglichkeiten. Natürlich stand auch die Liedertafel unter Beobachtung der Obrigkeit. Nach der Nichtverlängerung des Sozialistengesetzes im Jahre 1890 versuchten die Sozialdemokraten in Stockelsdorf auch offiziell schon eigene Veranstaltungen durchzuführen, deren Abhaltung jedoch meistens untersagt wurde.

Im Schleswig-Holsteinischen Landesarchiv in Schleswig befinden sich unter der Bezeichnung „Bekämpfung der sozialdemokratischen Bewegung 1878-1908“ umfangreiche Akten der Regierung des Bistums/Fürstentums/Landesteil Lübeck zu Eutin. Die Gendarmerie Stockelsdorf hatte regelmäßig umfangreiche Berichte über alle Aktivitäten des Vereins nach Eutin zu schicken. Mit Schreiben vom 29. November 1891 zeigten die Genossen in Stockelsdorf der großherzoglichen Regierung in Oldenburg an, dass ein „socialdemokratischer Verein für Stockelsdorf und Umgebung“ gegründet werden sollte. Dieser Antrag wurde im Frühjahr 1892 genehmigt.

Im Gründungsjahr der Stockelsdorfer SPD wurde überall das 1891 verabschiedete Erfurter Programm lebhaft diskutiert. Der Kernsatz des Programms lautete: „Die SPD kämpft für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und Pflichten aller – ohne Unterschied von Geschlecht und Abstammung.“

Es ist für uns heute kaum vorstellbar, welchen Repressalien die Sozialdemokraten ausgesetzt waren, um in einer jedem sozialen Fortschritt verschlossenen parlamentarischen Monarchie für die neuen – für die damalige Zeit revolutionären Ideen – einzutreten.

Nach den Wirren des Ersten Weltkrieges widmeten sich die Sozialdemokraten mit ganzem Herzen dem Aufbau der ersten demokratischen Republik in Deutschland. Besonders die Stockelsdorfer Johann Bull und Karl Fick waren als Abgeordnete im Oldenburger Landtag für das Wohl ihres Landes und ihrer Gemeinde Stockelsdorf tätig.

Dann kamen im Jahre 1933 die bittersten Stunden für die Sozialdemokratie. Es begann in Stockelsdorf mit Hausdurchsuchungen, bei denen fast alle Unterlagen des Ortsvereins vernichtet wurden, und endete mit Verfolgungen und Inhaftierungen. Der Landtagsabgeordnete Karl Fick und die Parteimitglieder Willi Stühmer, Amandus Vogt und Karl Schaper wurden in Schutzhaft genommen. Nach ihrer Freilassung waren sie weiteren Repressalien ausgesetzt. Karl Fick wurde im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler verhaftet und fand zusammen mit 4.000 weiteren Häftlingen den Tod an Bord der Cap Arkona.

Unmittelbar nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches sammelten sich die Stockelsdorfer Sozialdemokraten unter der Führung von Bruno Lenkersdorf und übernahmen beim Aufbau der Gemeinde Verantwortung. Groß war die Freude, als der Genosse Paul Bredow die 1922 von Dr. Julius Leber gesegnete Fahne des Ortsverein zum ersten Treffen mitbrachte. Er hatte die Fahne vor dem Zugriff der Nationalsozialisten gerettet, indem er sie unter dem Waschbock seiner Frau befestigt hatte.

Es würde den Rahmen dieses Artikels sprengen die Nachkriegszeit detailliert darzustellen. Interessierten empfehle ich daher die Lektüre unserer Chronik „125 Jahre SPD-Ortsverein Stockelsdorf“, die ihr gern bei mir unter Ralf.Labeit@T-Online.de anfordern könnt. ■

Ralf Labeit
Vorsitzender OV Stockelsdorf

Foto © Nic Ennulat

Der aktuelle Vorstand blickt mit Stolz auf das 125-jährige Bestehen des Ortsvereins zurück und wird aus diesem Anlass am 25. März 2017 mit geladenen Gästen und unserem Ministerpräsidenten Torsten Albig im Stockelsdorfer Rathaus dies Jubiläum feiern.

ORTSVEREINE *KEINE NOTFALLVERSORGUNG IM NORDEN?*

Foto © Foto Prien, Eutin/KTF

Die Oldenburger Sana-Klinik wird laut Krankenhausbedarfsplan als Regelklinik geführt. Die Notfallambulanz mit nächtlichen Notoperationen an 24 Stunden täglich bei einer Siebentagewoche ist dabei unabdingbar.

Die SPD Oldenburg kritisiert die Entscheidung der Geschäftsleitung, die ohne Vorankündigung die Versorgung für das Wochenende von 16 Uhr nachmittags an eingestellt hat, nachdem das Arbeitsgericht eine mitstimmungspflichtige Rufbereitschaft untersagt hatte.

Besonders perfide ist, die Schuld dem Betriebsrat zu geben, der eine Klage vor dem Arbeitsgericht gewonnen hatte. Eine durchsichtige Taktik der Geschäftsführung. „Nicht mit uns“, so Helga Poppe, stellvertretende OV Vorsitzende der SPD Oldenburg. Der Ortsverein diskutierte unter ihrer Leitung mit empörten und besorgten Bürgerinnen und Bürgern die Themen Notfallversorgung, Geschäftspolitik der Sana-Klinik und Umgang mit dem Betriebsrat auf ihrem monatlich stattfinden Klönschnack.

Die SPD vor Ort stellt klar, dass sich der Betriebsrat bei der konsequenten Vertretung für gute Arbeitsbedingungen des Pflegepersonals für eine qualitative hochwertige Versorgung einsetzt, die dem Wohl der Patienten zu Gute kommt. Der geforderte Bereitschaftsdienst, der seit Wegfall der Geburtenstation bei der Geschäftsleitung aus Kostengründen zur Disposition steht, garantiert sofortige Operationen mit ausgeruhtem qualifiziertem Personal. Die von der Geschäftsführung gewünschte Rufbereitschaft birgt etliche Unabwägbarkeiten, wie beispielsweise längere Anfahrtswege der Ärzte. Bei Notoperationen zählt jedoch jede Minute. Dies gilt für ambulante wie stationär untergebrachte Patienten.

Die SPD Oldenburg fordert uneingeschränkte Notfallversorgung sowie die Bereitstellung eines Bereitschaftsdienstes zum Wohl von Ärzten, Pflegepersonal und Patienten. Wir wollen dem Betriebsrat ausdrücklich den Rücken stärken und bedanken uns für die Hartnäckigkeit. Wäre die Geburtenstation erhalten geblieben, gäbe es jetzt nicht eine solche Diskussion, da dann die Beschäftigung eines Narkosearztes rund um die Uhr an allen Tagen zwingend vorgeschrieben wäre. Wir hatten immer im Zuge der Schließung auf den drohenden Verlust der Notfallambulanz mangels Präsenzpflicht der Narkoseärzte hingewiesen.

Auf Druck vom Sozialministerium sowie der breiten Allianz von Politik in Kreis und Stadt findet wieder die uneingeschränkte Versorgung statt und die Geschäftsführung verhandelt erneut mit dem Betriebsrat über den Bereitschaftsdienst. Auf die endgültige Lösung darf man gespannt sein.

Bei den Teilnehmern des Klönschnacks bleibt neben der Ungewissheit über das Verhandlungsergebnis die Befürchtung bestehen, dass die Sana Klinik sich aus wirtschaftlichen Gründen mittel- bis langfristig von der defizitären Notfallversorgung trennen wird. Einer brachte es auf den Punkt: „Die Klinik wurde 2003 von der CDU verkauft. Wer privatisiert, muss sich nicht wundern, wenn wirtschaftliche Gründe Vorrang haben.“ ■

Annette Schlichter-Schenck
OV Oldenburg

IMPRESSUM/*REDAKTION*

SPD Kreisverband OH
Lübecker Straße 6
23701 Eutin

Telefon 04521/59 57
kv-ostholstein@spd.de
www.spd-ostholstein.de

Mails für die Redaktion bitte an
Niclas Dürbrook niclasduerbrook@gmx.de *und*
Beate Müller-Behrens beatemuellerbe@yahoo.de

V.i.S.d.P. Niclas Dürbrook, stellvertretemder Kreisvorsitzender, Korrektur Kirstin Winter, Layout und Schlussredaktion Beate Müller-Behrens
Wir veröffentlichen gerne Artikel und Kommentare, Eure Meinung und Leserbriefe, wenn sie sich mit dem Thema der Ausgabe befassen oder auf den Kreis Ostholstein Bezug nehmen. Für den Inhalt sind die Autor*innen verantwortlich, Artikel ohne Namen entsprechen der Meinung der Redaktion, Kürzungen und Korrekturen behalten wir uns vor. ■

Foto © Tim Dürbrook

KREISTAG
BURKHARD ZUR HAUPTAMTLICHEN GLEICHSTELLUNGSBEAUFTRAGTEN...

Foto © Birgit Steingräber-Klinke

Gleichstellung braucht einen langen Atem, der bürgerliche Block lehnt den Antrag der SPD ab.

Sie müssen sich wundern, dass zu dem SPD Antrag ein Mann spricht. Das Thema Gleichstellung ist mitnichten eine Frauenangelegenheit, sondern geht uns alle an. Hier sollen Frauen und Männer das gleiche Interesse und das gleiche Engagement an den Tag legen, um endlich richtige Gleichstellung zu verwirklichen. Moderne Gleichstellungspolitik stärkt längst nicht mehr nur Frauen, sondern unterstützt Männer und Frauen zwischen Beruf und Familie. Beispielsweise bei der Vereinbarkeit von Arbeit und Familie auf dem Karriereweg oder der tariflichen Eingruppierung.

Die Gleichstellungsbeauftragten sind und bleiben die Basis und treibende Kraft. Hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte sind unverzichtbar. Vor über 20 Jahren ist das Gesetz unter SPD Ministerpräsident Björn Engholm, aber unter Protest der kommunalen Landesverbände, umgesetzt worden.

Der neue Gesetzesentwurf sieht vor, dass die Gleichstellungsbeauftragte vollzeitig und nur ausnahmsweise teilzeitig tätig ist. Mit dem Gesetz wird die bestehende Rechtslage klargestellt und es gibt der Gleichstellung den Stellenwert, den sie verdient.

Kolleginnen und Kollegen, wie im Entwurf aufgeführt, ist der verminderte Arbeitsaufwand zu begründen. Wenn wir uns die Aufgabenbereiche der Gleichstellungsbeauftragen in der Kreisordnung und in unserer Hauptsatzung ansehen, sind diese sehr umfangreich.

Ich sage: Willkommen im Gleichstellungsclub, der Gleichstellungsdruck war wohl so groß geworden, dass CDU/Grüne ihren Antrag zum Nikolaustag modifiziert haben. Die FDP hat im anderen Nikolausschuh zum Stellenplan 2017 eine volle befristete Stelle beantragt. Für die SPD entsteht der politische Eindruck, dass für diese Fraktionen im Kreistag die Gleichstellung zum Spielball geworden ist. Schon jetzt vorab, auch diese zwei Anträge werden wir nicht mittragen. Wir wollen wieder eine volle Stelle für die Gleichstellung. Wenn wir den neuen Antrag der Kooperationspartner betrachten, steht er auch im Widerspruch zum neuen Gleichstellungsgesetz und deshalb stellt sich für die SPD die Frage: „Was soll diese blödsinnige Regelung?“

IN KURZFORM

Eine volle Stelle – vorbehaltlich der Freigabe durch den Hauptausschuss zum 1. April 2017, bis zu einer Freigabe eine 0,67 Stelle d.h. 2/3 Stelle für drei Monate und danach evtl. eine volle Stelle. Außerdem muss der Kreistag über die Freigabe der vollen Stelle den Hauptausschuss autorisieren. Auch bei dem vorliegenden Antrag von den Kooperationspartnern, die Reduzierung der Stelle für drei Monate um ein Drittel, fehlt nach dem Gesetzesentwurf die Begründung.

Wie steht es weiter in dem Gesetzesentwurf? Durch den Gesetzesentwurf wird keine Konnexität im Sinne des Artikel 57 Abs. 2 der Landesverfassung ausgelöst.

ANMERKUNGEN

Der Punkt 4 ist als Begründung zu bewerten. Die Aufgabenbereiche der Gleichstellungsbeauftragten sind in unserer Hauptsatzung und im Gesetzesentwurf genau beschrieben.

Der Punkt 5, zweiter Satz, ist ein haushaltsrechtlicher Vermerk, dafür ist allein der Landrat zuständig und deshalb ist er unzulässig. Auch der Vermerk, dass zusätzliche abgeordnete Beamte zu bestimmten Tätigkeiten veranlasst werden sollen, ist nicht zulässig. Ich wiederhole, meine Fraktion fordert, wie bisher und wie es der Gesetzesentwurf vorsieht, eine volle Stelle.

STELLENPLANENTWURF 2017

- die Verwaltung sieht eine 0,73 Stelle also eine 3/4 Stelle vor
- CDU/Grüne eine Abschmelzung für drei Monate auf nur noch 0,67, also eine 2/3 Stelle

Sollte heute ein Antrag davon durchlaufen, werden wir die Kommunalaufsicht anrufen.

Kolleginnen und Kollegen, Landrat Sager hält die Gleichstellung in der Kreisverwaltung für nahezu erreicht. Wir sehen und bewerten es wesentlich anders. Das Personal ist zwar mit 63 % weiblich, aber nur 35 % der Führungspositionen sind weiblich besetzt. Danach fehlen noch 15 % bei den Führungspositionen. Die Frage von uns: Wie viele Frauen bekommen A14, A15 und A16? Es gibt also noch viel zu tun, um einer wirklichen Gleichstellung näher zu kommen. Wir brauchen gemeinsam einen langen Atem.

Weitere Begründungen zu unserem Gleichstellungsantrag werden von unseren Frauen aus der SPD Fraktion folgen. ■

Burkhard Klinke
SPD Fraktionsvorsitzender

Der Kreistag hat den SPD Antrag am 6.12.2016 abgelehnt.

KENNST DU SCHON DAS KAMPAGNENPORTAL KAMPA17?

UNTER SPD.DE/KAMPA17 FINDEST DU

TIPPS,
ARGUMENTE,
SERVICEANGEBOTE
UND VIELES, VIELES MEHR
FÜR DEN WAHLKAMPF VOR ORT.

... ANNETTE ZUR HAUPTAMTLICHEN GLEICHSTELLUNGSBEAUFTRAGTEN

Foto © Foto Prien, Eutin/KTF

Die hauptamtliche Gleichstellungsarbeit mit einer vollen Stelle wird von CDU und Grünen im Kreis Ostholstein zugunsten der Inklusion geschröpft. Der Antrag von CDU/den Grünen zum Stellenplan 2017 koppelt die Schaffung einer Stelle für die Inklusion zur Umsetzung des Inklusionsplans an die Kürzung bei der Gleichstellung. CDU/die Grünen spielen hier Inklusion gegen Gleichstellung aus. Ich empfinde das als Klatsche für die Gleichstellung.

Der eingebrachte Antrag ist zusätzlich ein Affront gegen den Gleichstellungsbeirat, der mit seinen einstimmigen Beschlüssen nicht wahr und nicht ernst genommen wird. Der Gleichstellungsbeirat hatte mit den Stimmen von den Grünen bei Enthaltung der CDU einstimmig den Erhalt von der vollen Gleichstellungs-Stelle für 2017 gefordert. Die Kürzung erfolgt ohne die notwendige Begründung von der CDU/den Grünen. Das ist ein bislang beispielsloser Vorgang. Der Antrag kommt zur Unzeit, da es ab 1. Januar 2017 eine Klarstellung der bereits bestehenden Erlasslage im Gleichstellungsgesetz geben wird. Die hauptamtliche Stelle für die Gleichstellungsbeauftragte bedeutet eine Vollzeitstelle für Städte und Kreise ab 15.000 Einwohner/innen. Eine Praxis, die im Kreis Ostholstein seit 28 Jahren aufgrund der geltenden Gesetze, Erlasslage und Hauptsatzung des Kreises Ostholsteins besteht.

Die Grünen haben sich in eine unglückliche Situation manövriert, im Land sind sie für das Gleichstellungsgesetz, im Kreis dagegen. Da müssen sie wohl lange nach Erklärungen suchen, bis das jede_r verstehn kann ohne das Vertrauen in die Partei zu verlieren – wenn es je vorhanden war.

Die SPD Fraktion spricht sich für eine volle Stelle Gleichstellungsarbeit aus, die ohne einschränkende Bemerkungen oder Zusatzsternchen im Stellenplan eingestellt werden soll. Die SPD spricht sich ebenso für eine zusätzliche halbe Stelle Inklusionsarbeit, die aus den bereits zusätzlich genehmigten Verwaltungsstellen gestellt werden soll, aus. Wir denken hier additiv und spielen die Gruppen nicht gegeneinander aus.

Die Notwendigkeit von Gleichstellungsarbeit im Kreis Ostholstein hat sich noch nicht erledigt.Das hier gerne auch vom Landrat vorgebrachte Argument: „in der Kreisverwaltung liegt der Anteil der beschäftigten Frauen bei 64 Prozent; deshalb brauchen wir hier keine Gleichstellungsarbeit mehr“, werden zwei wesentliche Aspekte vollkommen ausgeblendet. Erstens verhält es sich in der Führungsetage der Kreisverwaltung umgekehrt, der Frauenanteil liegt bei 38 Prozent. Zweitens besteht der Kreis Ostholstein aus Verwaltung und Selbstverwaltung. Der Anteil der weiblichen Kreistagsabgeordneten liegt bei 28 Prozent. Es gibt also schon in diesen beiden Themenkomplexen noch einiges zu tun. „Wir werden nach Verabschiedung des Gleichstellungsgesetzes 2017 von der Kommunalaufsicht prüfen lassen, ob im Kreis Ostholstein ein Rechtsbruch stattfindet“, kündigt Fraktionssprecher Burkhard Klinke an. ■

Annette Schlichter-Schenck
Gleichstellungspolitische Sprecherin der SPD Kreistagsfraktion

KREISTAG *DAS FINANZAUSGLEICHSGESETZ*

Die SPD Kreistagsfraktion hatte sich für das sozialgerechte und transparente kommunale Finanzausgleichsgesetz (FAG) ausgesprochen, denn das Herzstück ist die sozialpolitische Komponente. Danach sollen starke Schultern mehr tragen und schwächeren geholfen werden. Deshalb hatte die SPD Fraktion klar Nein zum Klageverfahren des Kreises gesagt, wollte aber, dass die Rechtmäßigkeit überprüft wird und stimmte deshalb dem Klageverfahren 2015 in den verschiedenen Ausschüssen des Kreises und im Kreistag zu.

Der CDU Fraktions-, Hauptausschussvorsitzende und stellvertretende Landrat Timo Gaarz sollte sich von seinem Schnellschuss und seiner Falschmeldung zum FAG nachträglich distanzieren und sein Erinnerungsvermögen auffrischen, indem er die Beschlüsse in den Niederschriften dazu nachliest. Richtig ist, dass auch die SPD Fraktion im Kreistag der Verfassungsbeschwerde zugestimmt hat.

Die Koalition in Kiel hat nach über 45 Jahren die Reform zum Finanzausgleichgesetz auf den Weg gebracht. 20 Monate lang wurde diskutiert und es fanden 31 ergebnisoffene Dialogprozesse statt. 2013 erblickte das Gutachten zum FAG das Licht der Öffentlichkeit, es gab Jubel und Missfallensäußerungen. Von der Presse kam nur Positives, wie z.B. die Reform des FAGs in Schleswig-Holstein sei überfällig gewesen. Die FAG-Reform war richtig und nötig und wurde in ihren wesentlichen Bestandteilen bestätigt. Das Urteil zeigt, dass die Reform grundsätzlich verfassungskonform ist. Die Aspekte, in denen das Landesverfassungsgericht Änderungsbedarf sieht, werden in dem vorgegebenen Zeitfenster bis 2020 nachgebessert.

Das Urteil wird unterschiedlich interpretiert, aber das Landesverfassungsgericht hat die Reform des kommunalen Finanzausgleichs in seinen Kernelementen bestätigt. Der von der CDU erhobene Vorwurf, dass mit dem eingeführten Soziallastenausgleich und der stärkeren Berücksichtigung der Aufgaben der zentralen Orte die Koalition in Kiel die Verteilung einseitig zu Gunsten der Städte und zu Lasten des ländlichen Raumes manipuliert hätte, wurde zurückgewiesen. So heißt es in der Presse-

mitteilung des Landesverfassungsgerichtes: „Insbesondere werden hierdurch die Kreise nicht im Verhältnis zu den kreisfreien Städten benachteiligt.“ Ich fordere die CDU Fraktion auf, keine weiteren Fake-News zu veröffentlichen und hoffe und wünsche mir, es war ein einmaliger Ausrutscher. ■

Burkhard Klinke
SPD Fraktionsvorsitzender

KREISTAG *WINDKRAFTANLAGEN IN SCHLESWIG-HOLSTEIN*

Foto © Birgit Steingräber-Klinke

Die Landesregierung will die Produktion von Windstrom in Schleswig-Holstein bis 2025 noch einmal um rund 50 Prozent steigern, vor allem durch leistungsstärkere und damit größere Anlagen. Haben Sie Verständnis dafür, dass viele um das Landschaftsbild fürchten?

Ja, das kann ich nachvollziehen. Die Nutzung erneuerbarer Energien ist natürlich nicht ohne Eingriffe in unsere Natur und Veränderungen im Landschaftsbild möglich. Trotzdem müssen wir die Energiewende weiter vorantreiben. Wir wollen sauberen Strom und das atomar-fossile Energiezeitalter schnell beenden. 1,98 Prozent der Landesfläche werden als Vorranggebiete ausgewiesen. Die Zahl der Windräder soll bis 2025 von etwa 3100 auf 3600 steigen. Aber 1300 Anlagen liegen außerhalb der Vorranggebiete, sie müssen am Ende ihrer technischen Lebenserwartung abgebaut werden. Dadurch kommt es zu einem deutlichen Rückbau dort, wo es Wildwuchs gab. Die neuen größeren Anlagen bringen eine wesentlich höhere Leistung bei geringerer Anzahl.

Wie steht es um die Akzeptanz der Windkraft in Ostholstein? Ist sie ungebrochen oder wächst der Widerstand?

Nur weil es lauter wird, heißt das nicht, dass der Widerstand größer wird. Es gibt einerseits die stillen Befürworter und andererseits die lautstarken Gegner. Ich bedaure es sehr, dass sich nur die Gegner aktiv melden und möchte hiermit die Befürworter ermuntern, sich ebenfalls einzubringen. 2011 hat auch die Atomkanzlerin Angela Merkel nach den Lehren aus Fukushima die Kehrtwende eingeläutet. Die Politik in Schleswig-Holstein hat einstimmig beschlossen, fossile und nukleare Kraftwerken vollständig durch erneuerbare Energien zu ersetzen. Diesen Weg sollten und müssen wir gemeinsam gehen.

Warum wird über Windkraftanlagen oft so leidenschaftlich gestritten, wenn doch die Energiewende breit akzeptiert ist?

Mir fällt auf, dass alle für die Energiewende sind, aber – platt ausgedrückt – bei vielen gilt: Nicht vor meiner Haustür, bei mir kommt der Strom aus der Steckdose. Jetzt haben alle Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, sich bei den vorgestellten Regionalplänen zur Windenergie einzubringen.

Wenn die Windräder größer werden, müssen dann nicht auch die Abstände zur Wohnbebauung größer werden?

Zur Erinnerung: Die Regionalpläne, die das Oberverwaltungsgericht Schleswig einkassiert hat, wurden von der schwarz-gelben Landesregierung unter Peter-Harry Carstensen auf den Weg gebracht – mit 300 und 500 Meter Abstand. Jetzt gilt: Zu Einzelhäusern soll der Abstand mindestens 400 Meter und zu Siedlungen 800 Meter sein. Wenn es nach der Opposition geht, sie fordert jetzt 500 und 1200 Meter, dann können die angestrebten knapp zwei Prozent der Landesfläche für Windkraftnutzung nicht erreicht werden. Oder will die CDU unser Land wie ein Kaugummi auseinanderziehen?

Bürgerinitiativen beklagen neben der Landschaftszerstörung Störgeräusche und Schattenwurf durch die großen Windräder. Eigennützige Nörgeleien oder berechtigte Einwände?

Aus meiner Sicht sind das berechtigte Einwände. Aber der tägliche Umgebungslärm ist größer als der der Windkraftanlagen. Durch die technischen Vorgaben sind die Windräder kaum zu hören, sie laufen ruhig. Es wird darauf geachtet, dass der Schatten eines Windrades umliegende Häuser nur minimal überstreicht. Den Disco-Effekt, ausgelöst durch Sonnenlicht, das sich an den Rotoren widerspiegelte, gibt es nicht mehr, seit die Windräder mit nicht reflektierenden Farben lackiert werden. Und der Infraschall erreicht im Nahbereich bei weitem keine Werte über der Wahrnehmbarkeitsschwelle und ist gesundheitlich unbedenklich.

Welche Chancen geben Sie den Volksinitiativen für mehr Abstand und Mitbestimmung der Gemeinden bei der Ausweisung von Vorranggebieten?

Es liegen jetzt 354 Wind-Vorranggebiete vor, diese sind aber nicht in Beton gegosssen. Die Landesregierung hat ihre Hausaufgaben gemacht, das transparente Vorgehen verdient Respekt. Ich rufe die Initiativen auf, sich konstruktiv-kritisch einzubringen. Alle haben sechs Monate lang die Möglichkeit, im Internet Einblick in alle Bewertungskriterien und -dokumente zu nehmen und diese direkt im Internet zu kommentieren. Damit läutet Schleswig-Holstein die größte Bürgerbeteiligung in der Geschichte des Landes ein.

Unter dem Strich werden die Windflächen in Ostholsteins abnehmen. Wird dann die umstrittene 380 kV-Stromtrasse Ostküstenleitung überhaupt noch benötigt?

Das kann man jetzt weder mit Ja noch mit Nein beantworten. Es muss die Auswertung abgewartet werden, ob mehr oder weniger Strom erzeugt wird. Grundsätzlich gilt: Der erzeugte Öko-Strom muss für Mensch und Natur verträglich und mittels Erdkabel transportiert werden. Und der Strom muss genutzt werden. Es darf zu keinen weiteren Abschaltungen der Windanlagen kommen. Deshalb setzt sich die SPD für den verstärkten Einsatz von Speichertechnologien ein. ■

Arnold Petersen
führte das Interview mit Burkhard Ende Dezember
Veröffentlichung mit freundlicher Genehmigung der Lübecker Nachrichten

TERMINE
IN OSTHOLSTEIN

JUSOS OSTHOLSTEIN

04.03.	Juso-LV-Wahlkampfauftakt mir Torsten Albig
11.03.	Juso-Sitzung & Betriebsbesuch (Betrieb folgt)
06.04.	Schulverteilaktion an der BBS Oldenburg, samt Wahlkampfbus des Juso-LaVo
20.05.	Juso-Sitzung
29.05. - 01.06.	Juso-Brüsselfahrt

Foto © Volker Schrank

17.03.	15.00	Regina stellt sich vor und steht uns für Fragen zur Verfügung. Sankt Elisabeth Krankenhaus, Plöner Straße 42, 23701 Eutin.
23.05	14.30	Jahreshauptversammlung,Hotel Stadt Kiel, Lienaustraße 8, Neustadt, 04561 - 51 39 55

Um zahlreiche Teilnahme wird gebeten, da Neuwahlen stattfinden. Einladung folgt.

SPD AG 60plus

23.02.	19.00	Film Mustang im Binchen
07.03.	19.00	ASF Wahlkampf-Treffen im Brauhaus Eutin
08.03.	10 - 12	Rosen verteilen mit Andreas Herkommer und Verdi in Neustadt zum Weltfrauentag und Frauenarmut.
11.03.	10 - 12	Rosen verteilen in Eutin mit Regina Poersch
11.03.	10 - 12	Rosen verteilen in Oldenburg/Marktplatz mit OV Oldenburg, Verdi und Andreas Herkommer
11.05.	10.00	ASF Treffen in der Haasendiele in Süsel

SPD

BETTINA HAGEDORN LÄDT ZUM
GEDANKEN- UND INFORMATIONSAUSTAUSCH
BEIM SONNTAGSFRÜHSTÜCK EIN

05.03.	10.00	im Feuerwehrgerätehaus in Kasseedorf/Sagau, Stendorfer Straße

Mit Sandra Redmann, Regina Poersch und Andreas Herkommer

Bis zum 01.03. bitte im Eutiner Büro anmelden, auch interessierte Teilnehmer, wie Neumitglieder oder Jusos, dann klappts auch mit der Organisation!